EnWG-Novelle: Jetzt die Weichen für den Biomethan-Hochlauf stellen

Deutschland will mehr heimische Energie, eine robuste Versorgung und privates Kapital für die Energiewende. Biomethan leistet zu allen drei Zielen einen starken Beitrag. Die Biomethanbranche ist bereit, in den kommenden Jahren 5–7 Milliarden Euro in neue Anlagen und in die Modernisierung bestehender Standorte zu investieren. Damit dieses Kapital fließt, braucht es verlässliche Netzanschlüsse. Der aktuelle Entwurf der EnWG-Novelle mit seinen knappen Fristen für Anschlusstrennungen gefährdet leider den Biomethan-Hochlauf. Wir als Branche sind bereit, uns weiterhin konstruktiv im parlamentarischen Verfahren für vernünftige Lösungen einzubringen – damit Deutschland jetzt den Hochlauf einleiten kann.

Resilienz durch Biomethan: Versorgungssicherheit aus eigener Produktion

Die Bundesregierung hat die Unabhängigkeit von Energieimporten zu Recht zur Priorität gemacht. Biomethan wird in Deutschland erzeugt, ist speicherbar und jederzeit abrufbar – unabhängig von internationalen Lieferketten, Seewegen und geopolitischen Engpässen. Jede Kilowattstunde heimisches Biomethan ersetzt eine importierte. Die EnWG-Novelle bietet die Gelegenheit, diesen Beitrag zur Resilienz regulatorisch abzusichern.

Investitionen: Planungssicherheit ist die Voraussetzung für privates Kapital

Biomethananlagen sind auf Refinanzierungs-Zeiträume von 20 Jahren ausgelegt. Investoren und Banken bewerten vor allem die Verlässlichkeit des Netzanschlusses über genau diesen Zeitraum. Eine Kündigungsmöglichkeit nach zehn Jahren, wie sie jetzt vorgesehen ist, ist mit dieser Logik nicht vereinbar: Projekte werden unabhängig von ihrer technischen und wirtschaftlichen Qualität so nicht finanzierbar. Es wäre das Aus für viele geplante Projekte. Deshalb ist eine Frist von 20 Jahren unabdingbar.

Industrie: Ausreichend grüne Moleküle in bestehender Infrastruktur

Industrie, Mobilität und flexible Stromerzeugung benötigen gasförmige erneuerbare Energieträger. Heimisches Biomethan kann einen erheblichen Teil dieses künftigen Molekülbedarfs decken – und zwar nicht erst nach Jahren des Infrastrukturaufbaus, sondern auf Basis bewährter Technologie und vorhandener Netze. Unter verlässlichen Rahmenbedingungen ließe sich das Potenzial erheblich heben; Studien sehen bis zu 200 TWh Produktion in Deutschland. Biomethan ist vollständig kompatibel mit Speichern und Anwendungen und ersetzt fossiles Erdgas eins zu eins. Damit ist es einer der kosteneffizientesten Hebel zur CO_2-Minderung in Bereichen, die sich nur schwer elektrifizieren lassen.

Grüngasquote: Nachfrage und heimisches Angebot zusammendenken

Mit der geplanten Grüngasquote setzt die Bundesregierung ein klares Nachfragesignal – ein richtiger Schritt. Seine volle Wirkung entfaltet es, wenn die benötigten Mengen zu einem wesentlichen Teil im Inland erzeugt werden. Dafür müssen Quote und Netzzugang aufeinander abgestimmt sein. So wird die Quote zum Investitionsimpuls für heimische Produktion und nicht zum Treiber zusätzlicher Importe.

Ländlicher Raum: Wertschöpfung vor Ort

Biogas und Biomethan sichern Einkommen in der Landwirtschaft, qualifizierte Arbeitsplätze und kommunale Einnahmen – gerade in strukturschwächeren Regionen und insbesondere in Ostdeutschland. Verlässlicher Netzzugang ist die Voraussetzung dafür, dass bestehende Standorte weiterentwickelt und neue erschlossen werden.

Europa zeigt, wie es geht

Unsere europäischen Partner belegen, dass ein ambitionierter und zugleich pragmatischer Kurs funktioniert. Dänemark deckt inzwischen mehr als 40 Prozent seines Gasverbrauchs mit Biomethan. Frankreich hat ein Recht auf Netzeinspeisung gesetzlich verankert und verpflichtet die Netzbetreiber, ihre Netze dort zu verstärken, wo Biomethanpotenziale liegen. Italien will seine Biomethanproduktion bis 2030 auf 5,7 Milliarden Kubikmeter verzehnfachen und unterstützt dies mit Investitionszuschüssen von bis zu 40 Prozent und langfristigen Einspeisetarifen. Die Niederlande führen ab 2027 eine Beimischungspflicht für Grüngas ein und kombinieren damit Nachfrage und heimische Erzeugung. Gemeinsam ist diesen Ansätzen ein klarer Grundsatz: Wer Biomethan will, sichert den Netzzugang langfristig ab.

Unser Lösungsvorschlag

Die Branche erkennt an, dass sich die Gasnetze in den kommenden Jahrzehnten verändern werden, und will diese Transformation aktiv mitgestalten. Veränderung bedeutet dabei nicht allein Stilllegung, sondern ebenso gezielte Netzverstärkung dort, wo große Biomethanpotenziale liegen. Konkret schlagen wir drei Anpassungen vor:

- Mindestlaufzeit des Netzanschlusses von 20 Jahren für Bestandsanlagen ab Inkrafttreten der Novelle und 20 Jahre ab Inbetriebnahme für Neuanlagen.
- Keine Aufstellung von Verteilnetzentwicklungsplänen mit verkürzten Trennungsfristen, solange keine Biomethan-Vorranggebiete festgelegt sind. Diese Gebiete legen der Bund und/oder die Bundesnetzagentur zusammen mit allen Beteiligten fest. Biomethananlagen, die sich innerhalb einer Biomethanregion befinden, erhalten einen gesicherten Netzzugang für mindestens 20 Jahre. Für jegliche Anlagen, für die bei Festlegung der Vorranggebiete ein Netzanschluss bestand oder ein Netzanschlussbegehren vorlag und die entsprechende Vorschusszahlung getätigt wurde, gilt ebenfalls der Bestandsschutz von 20 Jahren.
- Eine zeitnahe und verlässliche Nachfolgeregelung für die bewährten Instrumente der GasNZV – Anschlussvorrang, Kostenteilung, Einspeisevorrang und Netzverfügbarkeit.

Jetzt die Weichen stellen

Das parlamentarische Verfahren ist der Moment, in dem sich entscheidet, ob die geplanten Investitionen in Deutschland realisiert werden. Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und an die Bundesregierung, die drei genannten Anpassungen in die

EnWG-Novelle aufzunehmen. Im Gegenzug steht die Branche bereit, ihre Investitionszusagen zügig in konkrete Projekte zu überführen.

Biomethan hat in Deutschland eine starke Zukunft – als heimische, speicherbare und sofort verfügbare Säule der Gasversorgung. Wir laden Sie ein, sich im direkten Gespräch oder bei einem Besuch an unseren Standorten ein eigenes Bild zu machen, und bringen unsere Daten und Erfahrungen aus Planung, Bau und Betrieb gern in das weitere Verfahren ein.